



Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2011

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Quelle: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
Umfrage-Redaktionsschluss: 18. Juli 2011

Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb

Fotos: ad agenda, MEV, Fotolia

Layout: M.-A. Neugebauer

Herstellung: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Inhalt

Zum Geleit	7
------------------	---

Datengrundlage	9
----------------------	---

1. Das Bild des öffentlichen Dienstes

1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes	12
1.2 Das Beamtenprofil	15
1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	22
1.4 Einschätzung der Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen	24
1.5 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten	26

2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

2.1 Inanspruchnahme von Behörden	32
2.2 Bürger und Verwaltung	34
2.3 Erfahrungen und Einstellungen im ländlichen Raum	36

3. Staat und Privatisierung

3.1 Die Rolle des Staats und das Ausmaß der Bürokratie	46
3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?	48

4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheiten und Erwartungen

4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation	56
4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen	60
4.3 Die Meinung der jungen öffentlich Bediensteten	69

5. Berufseinsteiger zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes

5.1 Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl	74
5.2 Öffentlicher Dienst als potenzieller Arbeitgeber	76

Zusammenfassung	78
-----------------------	----





Zum Geleit

Mit der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2011“ legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion zum fünften Mal eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes vor. Auf Grundlage dieser Untersuchungen zeichnen sich längerfristige Veränderungen im Urteil der Bürger über die staatlichen Leistungen und deren Garanten ab.

Gleichzeitig können Entwicklungen im Selbstbild der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf einer soliden Datengrundlage nachgezeichnet werden.

Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Unsicherheiten verlassen sich die Bürgerinnen und Bürger auf die Kontinuität und Qualität staatlicher Dienstleistungen. Das Ansehen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist seit 2007 kontinuierlich gewachsen. Gleichzeitig ist die Privatisierungseuphorie vergangener Jahre und Jahrzehnte verfliegen. An ihre Stelle ist eine realistische Einschätzung der hohen Wertigkeit staatlich garantierter Infrastruktur getreten.

In der aktuellen Umfrage haben wir ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklungen und Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum sowie bei Jugendlichen und Berufseinsteigern gelegt. Auch hier sind die Befunde eindeutig:

1. Überall im Land wächst die Wertschätzung für öffentliche Dienstleistungen. 2. Die Bürgerinnen und Bürger in Kleinstädten und dörflichen Gemeinden haben klare Vorstellungen darüber, welche Dienstleistungen sie in ihrem nahen Umfeld garantiert haben wollen. 3. Wenn die Bezahlungs- und Aufstiegsmöglichkeiten stimmen, ist der öffentliche Dienst für junge Leute ein durchaus attraktiver Arbeitgeber. 4. Obwohl manche Klischees über den öffentlichen Dienst weiter Bestand haben, ist eine generelle Imageverbesserung in fast allen Bevölkerungsgruppen festzustellen.

Als Grundlage zukünftiger Diskussionen um eine weitere Modernisierung und Stärkung des öffentlichen Dienstes sind umfassende Daten genauso wichtig wie ein fairer Umgang mit den Themen. Die Bürgerbefragung 2011 bietet eine sehr gute Basis für die sachliche Diskussion zur aktuellen Lage des öffentlichen Dienstes in Deutschland.

Berlin, im September 2011

(Peter Heesen)

– Bundesvorsitzender –

125
4,587
568
9,874
65,892
6,589
2,15
5,8
23

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2011 zum fünften Mal untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland den öffentlichen Dienst wahrnehmen, welches Bild sich bei ihnen von den Behörden und ihren Bediensteten verfestigt hat, welche Erfahrungen sie mit Behörden gemacht haben und welche Erwartungen sie an den Staat als Dienstleister im Wettbewerbsumfeld mit privaten Anbietern öffentlicher Leistungen haben.

Erstmals wurden mit der Bürgerbefragung 2011 die Bürger in ländlichen Regionen nach ihren Einstellungen zur staatlichen Verantwortung vor Ort, Jugendliche nach der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als potenzieller Arbeitgeber und jüngere Beschäftigte des Staates nach einer Bewertung ihrer Berufswahl befragt.

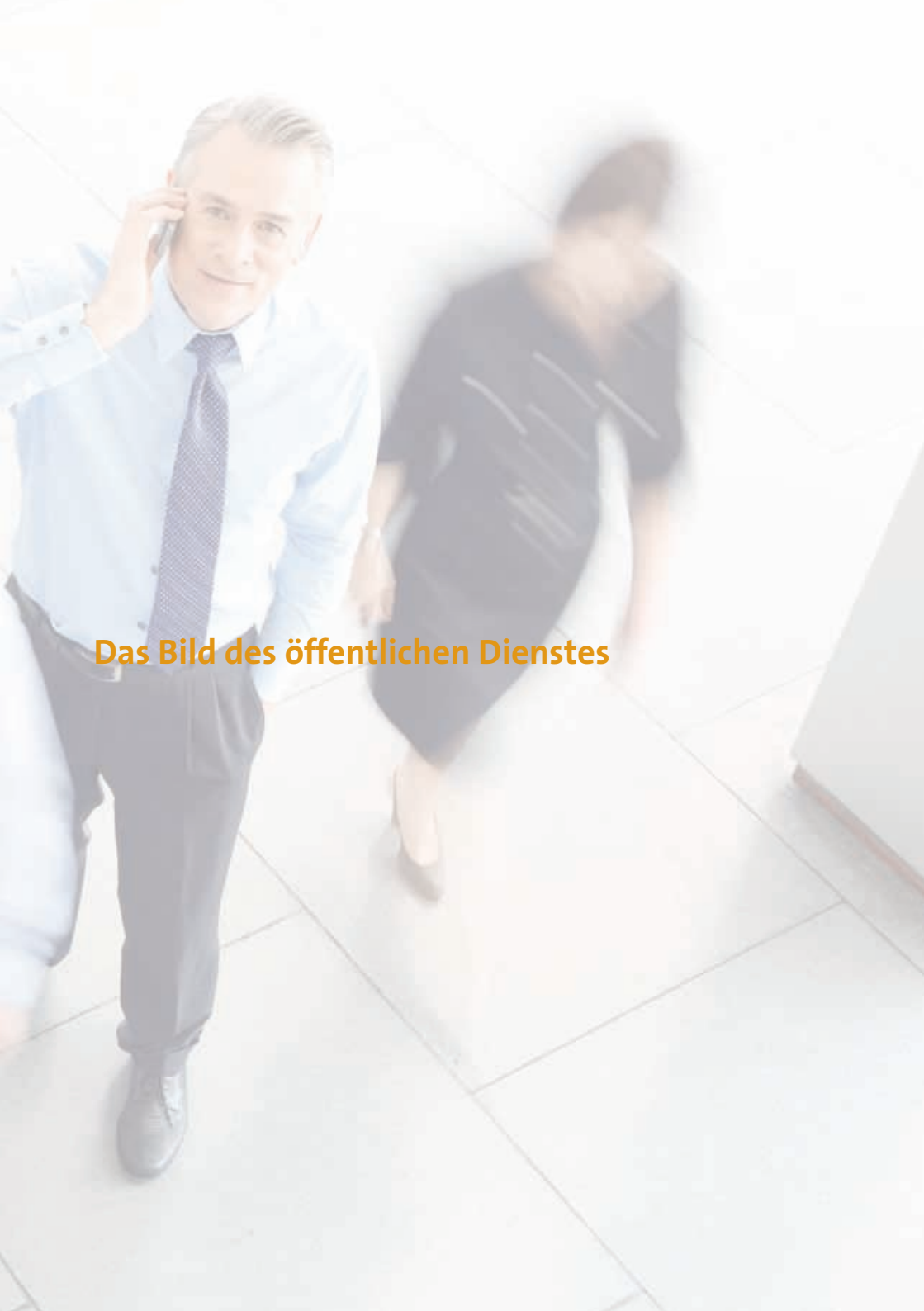
Die Erhebungen für diese fünfte „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ fanden 2011 im Juni statt. Befragt wurden insgesamt 3.008 Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews. 1.005 der insgesamt Befragten waren Angehörige des öffentlichen Dienstes (412 Beamte; 593 Tarifangehörige).

Die Auswahl der Befragten erfolgte wie in den Vorjahren nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die befragten Beamten und Tarifangehörigen ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung (ab 14 Jahre alt) sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar.

Die Ergebnisse der fünften „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ werden soweit möglich mit den 2007, 2008, 2009 und 2010 ermittelten Befunden verglichen, um so Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten.





Das Bild des öffentlichen Dienstes

1. Das Bild des öffentlichen Dienstes

1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

2011 werden Berichte über den öffentlichen Dienst in etwas geringerem Maße als in den Vorjahren wahrgenommen. 46 Prozent der Gesamtbevölkerung haben 2011 nach eigenen Angaben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen. 2010 waren es noch 50 Prozent.

Dabei ist das Interesse am öffentlichen Dienst bzw. den Beamten 2011 überdurchschnittlich groß bei den Selbständigen, bei den über 45-Jährigen und den Anhängern von FDP, Grünen und Linkspartei. Deutlich weniger als der Durchschnitt aller Bürger interessieren sich auch 2011 die unter 30-Jährigen für das, was über den öffentlichen Dienst berichtet wird.

Das Interesse der öffentlich Bediensteten an Vorgängen aus ihrem Tätigkeitsfeld ist erwartungsgemäß auch 2011 größer als das der „Durchschnittsbürger“. Dabei zeigen sich allerdings weiterhin Unterschiede im Grad des Interesses bei den Beamten und den Tarifangehörigen. Während sich 66 Prozent der Beamten für das Geschehen im Umfeld des öffentlichen Dienstes interessieren, ist das Interesse der Tarifangehörigen mit 47 Prozent deutlich weniger stark als bei den Beamten. Männer unter den öffentlich Bediensteten haben häufiger als Frauen etwas über den öffentlichen Dienst wahrgenommen, Ältere häufiger als Jüngere.

> Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

	Es haben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen									
	Bevölkerung					öffentlich Bedienstete				
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
insgesamt	54	60	52	50	46	68	74	63	63	55
Beamte	–	–	–	–	–	76	82	73	69	66
Tarifangehörige im öD	–	–	–	–	–	60	67	55	59	47
Arbeiter	45	50	47	49	33	–	–	–	–	–
Angestellte	53	61	57	51	45	–	–	–	–	–
Selbständige	59	67	60	56	51	–	–	–	–	–
Männer	58	63	56	53	50	72	79	69	68	61
Frauen	51	57	48	47	42	64	70	58	59	50
14- bis 29-Jährige	41	46	40	35	31	48	55	52	53	41
30- bis 44-Jährige	50	56	52	47	43	66	73	60	62	55
45- bis 59-Jährige	63	71	62	56	50	72	81	67	66	54
60 Jahre und älter	64	68	56	56	52	82	67	61	64	64
Ost	56	59	53	51	45	62	74	61	61	61
West	54	60	52	49	46	69	74	64	64	53
Anhänger der:										
CDU/CSU	57	65	51	50	45	–	–	–	–	–
FDP	63	69	59	46	57	–	–	–	–	–
SPD	56	61	56	54	47	–	–	–	–	–
Grünen	59	70	55	55	52	–	–	–	–	–
Linkspartei	70	68	60	54	54	–	–	–	–	–
Nichtwähler	51	52	45	52	38	–	–	–	–	–

Während in den Vorjahren die am häufigsten wahrgenommenen Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst die Tarifverhandlungen und Streiks waren, ergibt sich 2011 ein ausgeglicheneres Bild. Am häufigsten wahrgenommen wurden von 10 Prozent derer, die Berichte über den öffentlichen Dienst wahrgenommen hatten, der Abbau von Beamtenstellen und die längeren Arbeitszeiten.

Mit 9 Prozent wurde 2011 wieder deutlicher als in den beiden Vorjahren die fälschlicherweise der Sphäre des öffentlichen Dienst zugeschriebene Erhöhung der Diäten der Abgeordneten des Deutschen Bundestages erwähnt. 8 Prozent haben die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wahrgenommen. Von ebenso vielen benannt werden Berichte, die die Stellen im öffentlichen Dienst als „sichere Jobs“ und „mit Vergünstigungen behaftete Jobs“ darstellen. 2011 wurden von jeweils 6 Prozent

Diskussionen um Altersvorsorge und Pensionen sowie Berichte über Lehrer wahrgenommen. Damit hat insgesamt die Wahrnehmung von Berichten über Lehrer, die Polizei und die Bahn (auch im Zusammenhang mit dem Projekt „Stuttgart 21“) im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.

Der Anteil derer, die negative Berichte über den öffentlichen Dienst bzw. Berichte über negative Erfahrungen, Unzulänglichkeiten oder bürokratische Hemmnisse wahrgenommen haben, ist auch 2011 weiter gesunken. Nur noch 5 Prozent geben an, allgemeine negative Berichte wahrgenommen zu haben.

> Wahrgenommene Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst*)

	Bevölkerung			
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
Tarifrunde, Tarifabschluss	38	24	25	8
allgemeine Besoldungsprobleme	6	12	4	5
Altersvorsorge, Pensionen, Rente	–	–	10	6
Abbau von Beamtenstellen,				
längere Arbeitszeit	–	–	10	10
Berichte über:				
Lehrer	4	7	5	6
Polizei	2	3	2	4
Post, Telekom, Bahn	4	8	1	–
Bahn	–	–	–	2
Stadtverwaltung	–	4	2	1
Streik: Bahn, Lokführer	–	–	1	2
Gesundheitswesen	–	–	–	2
Stuttgart 21	–	–	–	1
Bundeswehr/Bundeswehrreform	–	–	–	1
Diätenerhöhung der Abgeordneten	10	2	1	9
Sicherer Job, Vergünstigungen	–	–	7	8
Strukturreform/Beamten-/				
Angestelltenstatus	–	–	2	4
generell negative Berichte	22	11	9	5
weiß nicht mehr	10	15	14	16

*) Basis: Diejenigen, die etwas über den öffentlichen Dienst gehört oder gelesen haben

1.2 Das Beamtenprofil

Obwohl das Profil der Beamten bereits 2007 und 2008 recht positiv ausfiel, war der Anteil derer, die den Beamten positive Eigenschaften zuschrieben, 2009 noch angestiegen.

Nachdem das 2009 erreichte Niveau 2010 im Wesentlichen gehalten werden konnte, hat sich das Bild der Beamten 2011 weiter verbessert. So bezeichnen 2011 80 Prozent die Beamten als pflichtbewusst, 77 Prozent als verantwortungsbewusst, 74 Prozent als zuverlässig, 71 Prozent als rechtschaffen, 67 Prozent als hilfsbereit und 66 Prozent als kompetent.

Einige eher negative Eigenschaften wurden 2011 etwas seltener genannt als 2010. So wird die Eigenschaft „stur“ den Beamten 2011 von 47 Prozent zugewiesen. Als arrogant bezeichnen 2011 36 Prozent die Beamten. Die erstmals 2010 erhobene Eigenschaft „schlecht“ wird den Beamten nur von 8 Prozent der Bevölkerung zugeschrieben.

> Beamtenprofil 2011: Fremdbild

	Bevölkerung				
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
pflichtbewusst	75	76	78	77	80
verantwortungsbewusst	70	71	72	75	77
rechtschaffen	67	67	70	70	71
zuverlässig	66	67	70	72	74
hilfsbereit	57	59	66	64	67
kompetent	59	60	64	64	66
unbestechlich	37	38	45	44	46
flexibel	28	28	34	32	31
stur	54	51	48	50	47
arrogant	41	40	33	37	36
ungerecht	26	21	20	19	19
ängstlich	20	20	20	23	21
schlecht	–	–	–	9	8
überflüssig	24	22	20	21	20

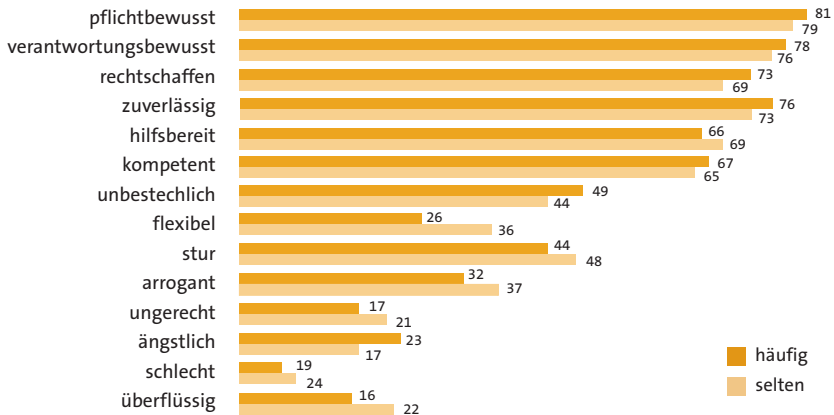
Das Selbstbild der Beamten ist erwartungsgemäß auch 2011 freundlicher als das der Bevölkerung insgesamt. So ordnen sich die Beamten positive Eigenschaften deutlich häufiger, fast alle negativen Eigenschaften deutlich seltener zu als die Bürger insgesamt.

> Beamtenprofil: Eigenbild

	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
pflichtbewusst	93	94	93	96
verantwortungsbewusst	92	94	92	93
rechtschaffen	86	87	90	92
zuverlässig	90	93	93	93
hilfsbereit	84	85	83	86
kompetent	84	86	86	89
unbestechlich	68	73	71	73
flexibel	52	58	54	51
stur	36	26	32	28
arrogant	19	14	17	14
ungerecht	9	5	8	5
ängstlich	21	20	24	21
schlecht	–	–	3	2
überflüssig	8	8	8	6

Wie auch in den Vorjahren lassen sich so gut wie keine Unterschiede zwischen den Einschätzungen der Bürger finden, die häufig Kontakt mit Behörden haben und denen, die selten Kontakt haben. Es zeigt sich lediglich, dass die „Intensiv-Nutzer“ von Behörden die Beamten aufgrund ihrer Erfahrungen häufiger für unbestechlich halten. Im Vergleich zu den Wenig-Nutzern schätzen sie die Beamten allerdings deutlich seltener als flexibel ein.

> Beamtenprofil 2011 nach Intensität des Behördenkontaktes



Wie in den Vorjahren glaubt 2011 wiederum nur eine Minderheit der Bürger (15 Prozent), dass das Ansehen der Beamten bei den Bürgern hoch sei. Ebenso stabil wie in ihrer Einschätzung des Ansehens der Beamten bei der Bevölkerung insgesamt bleiben die Befragten auch in ihrem persönlichen Urteil: 18 Prozent sagen 2011 von sich, die Beamten stünden bei ihnen in niedrigem Ansehen, während 32 Prozent angeben, ein hohes Ansehen von den Beamten zu haben.

Sowohl die Beamten selbst als auch die Tarifangehörigen glauben, dass die Beamten bei den Bürgern kein hohes Ansehen haben. Die Beamten schätzen ihre Zunft selbst recht positiv ein. Bei den Tarifangehörigen haben die Beamten ein etwas höheres Ansehen als bei der Bevölkerung insgesamt.

> Einschätzung des Ansehens der Beamten

		eingeschätztes Ansehen bei den Bürgern generell		persönliches Ansehen	
		hoch %	niedrig*) %	hoch %	niedrig*) %
Bevölkerung insgesamt:					
	2007	13	47	28	24
	2008	13	44	27	20
	2009	14	40	31	20
	2010	13	42	30	19
	2011	15	39	32	18
Beamte		11	41	60	2
Tarifangehörige im öD		12	42	36	16
Arbeiter		17	37	25	28
Angestellte		14	41	29	17
Selbständige		11	51	23	30
Behördenkontakt:					
	häufig	13	40	29	15
	selten	17	37	33	20
14- bis 29-Jährige		19	40	34	16
30- bis 44-Jährige		13	38	27	15
45- bis 59-Jährige		14	40	30	21
60 Jahre und älter		13	40	35	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch noch besonders gering“

Die Befragten wurden auch 2011 wieder gebeten, bei 30 Berufen anzugeben, wie hoch die jeweiligen Berufe bei ihnen angesehen sind. Das höchste Ansehen genießt 2011 unverändert der Feuerwehrmann, gefolgt vom Kranken- bzw. Altenpfleger, dem Arzt und dem Polizisten. Das niedrigste Ansehen haben auch 2011 Versicherungsvertreter, Mitarbeiter einer Werbeagentur, Telekom-Mitarbeiter und Politiker.

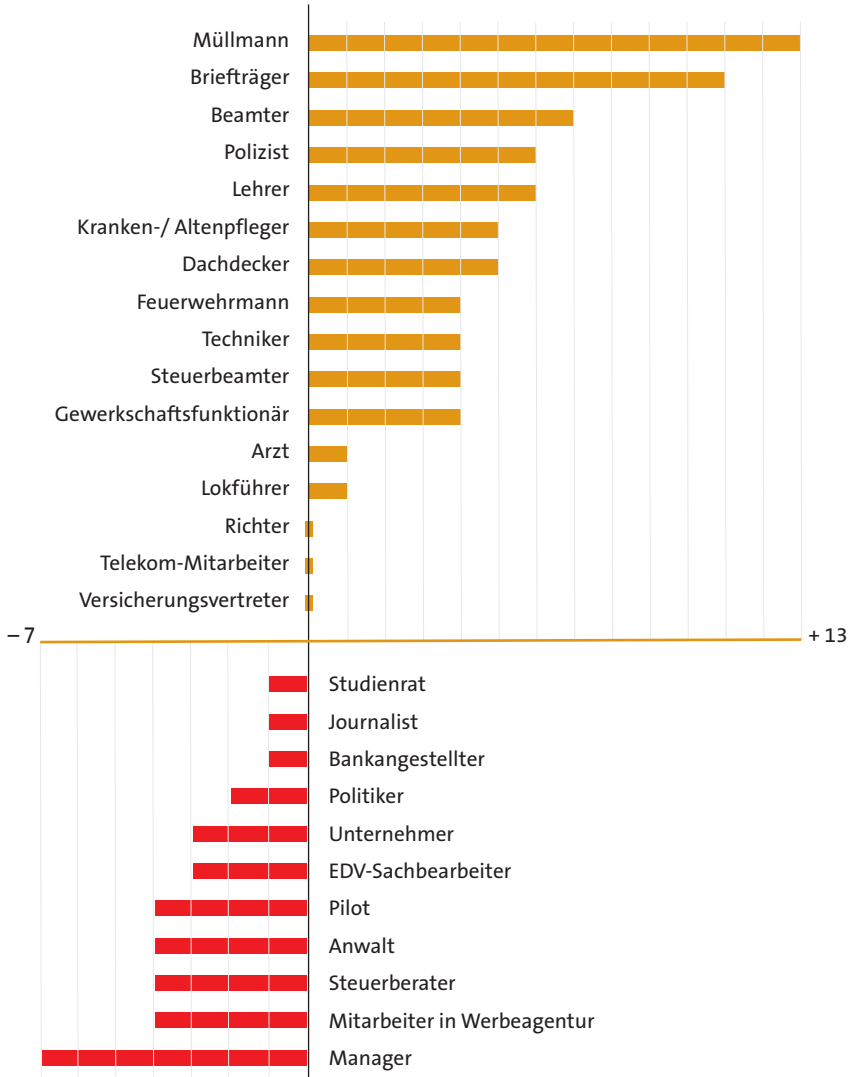
In den vergangenen Jahren hat sich das Ansehen einiger Berufe deutlich verbessert: dies gilt insbesondere für das Ansehen von Müllmännern, von Briefträgern, Polizisten und von „Beamten“. Stark verschlechtert hat sich seit 2007 hingegen u. a. das Ansehen von Managern, Steuerberatern, Anwälten, Piloten und Mitarbeitern in Werbeagenturen (siehe Grafik Seite 20).

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2007 – 2010
	%	%	%	%	%	
Feuerwehrmann	90	91	93	92	94	+ 4
Kranken-/ Altenpfleger	85	86	88	88	90	+ 5
Arzt	86	85	84	84	87	+ 1
Polizist	78	78	78	80	84	+ 6
Kita-/ Kindergartenmitarbeiter	–	–	–	–	83	
Pilot	–*)	85	86	84	81	– 4
Richter	77	79	78	80	77	– 0
Müllmann	63	64	67	66	76	+13
Lehrer	63	63	67	66	69	+ 6
Techniker	–*)	63	64	64	67	+ 4
Lokführer	–*)	65	67	69	66	+ 1
Dachdecker	58	57	62	60	63	+ 5
Briefträger	52	54	59	57	63	+11
Soldat	–	–	–	–	62	
Lebensmittelkontrolleur	–	–	–	–	62	
Unternehmer	61	60	58	58	58	– 3
Anwalt	58	60	58	57	54	– 4
Studienrat	53	52	53	54	52	– 1
Journalist	47	45	46	45	46	– 1
Steuerberater	47	47	47	44	43	– 4
EDV-Sachbearbeiter	43	41	39	39	40	– 3
Bankangestellter	38	41	36	32	37	– 1
Beamter	27	31	33	32	34	+ 7
Steuerbeamter	28	31	32	35	32	+ 4
Manager	37	36	28	29	30	– 7
Gewerkschaftsfunktionär	23	25	28	28	27	+ 4
Politiker	20	21	23	23	18	– 2
Telekom-Mitarbeiter	17	14	16	16	17	– 0
Mitarbeiter in Werbeagentur	18	17	16	14	14	– 4
Versicherungsvertreter	11	12	12	10	11	– 0

*) 2007 nicht abgefragt

> „Gewinner“ und „Verlierer“ seit 2007



Beamte haben bei den unter 30-Jährigen ein höheres Ansehen als in den anderen Altersgruppen. Das Ansehen ist auch 2011 bei Anhängern der CDU/CSU und der SPD größer als bei den Anhängern der anderen Parteien.

> Ansehen der Beamten 2011

	%
insgesamt	34
14- bis 29-Jährige	45
30- bis 44-Jährige	31
45- bis 59-Jährige	27
60 Jahre und älter	36
Arbeiter	29
Angestellte	29
Selbständige	16
Anhänger der: CDU/CSU	39
FDP	24
SPD	38
Grünen	26
Linkspartei	27

Wie bereits in den Vorjahren zeigt sich also auch 2011, dass nach wie vor viele Berufe aus dem Bereich der öffentlichen Dienstleistung, die in der Regel von Beamten ausgeübt werden, sehr hoch bewertet werden, während der „Beamte“ an sich demgegenüber ein eher niedriges Ansehen hat.

1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Den Befragten wurden wie schon 2007, 2008, 2009 und 2010 auch 2011 acht Aussagen über den öffentlichen Dienst vorgelegt:

1. „Die öffentliche Verwaltung ist viel zu stark aufgebläht und kostet zu viel.“
2. „Die öffentliche Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher.“
3. „Heutzutage wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden.“
4. „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich.“
5. „Die öffentliche Verwaltung ist im Vergleich zur freien Wirtschaft viel zu schwerfällig.“
6. „Weil es heute immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt.“
7. „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger in gleichem Maße mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“
8. „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.“

Zu jeder Aussage wurde der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung ermittelt.

Zwei der Aussagen („Starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“ und „Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen“) können als Gradmesser interpretiert werden, in welchem Maße der Staat bzw. Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in der heutigen Zeit für erforderlich gehalten werden.

Die anderen 6 Aussagen beziehen sich eher auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Die Notwendigkeit öffentlicher Dienstleistungen wird 2011 im Vergleich zum Vorjahr in etwas stärkerem Maße gesehen: 81 Prozent halten eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich, und 61 Prozent glauben, dass der öffentliche Dienst eine flächendeckende Versorgung garantiert.

Die Effizienz der öffentlichen Verwaltung wird 2011 unterschiedlich bewertet: drei der Effizienz-Aspekte werden marginal negativer eingeschätzt als im Vorjahr, bei zwei Aspekten ergibt sich keine Veränderung, während der Aspekt der Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung deutlich positiver eingeschätzt wird, als dies 2010 der Fall war.

> Staat und Bürokratie: Notwendigkeit und Effizienz

		2008	2009	2010	2011
		%	%	%	%
Notwendigkeit:					
– „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“	ja nein	76 22	82 17	80 19	81 18
– „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden“	ja nein	54 43	61 38	58 40	61 37
Effizienz:					
– „Die öffentliche Verwaltung ist zu aufgebläht und kostet zu viel“	ja nein	78 19	76 22	75 23	77 21
– „Die Verwaltung ist viel zu schwerfällig“	ja nein	81 16	78 19	81 16	81 16
– „Wenn es immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt“	ja nein	80 20	76 23	74 25	75 24
– „Es wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden“	ja nein	75 24	72 27	73 26	74 26
– „Die Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher“	ja nein	58 35	63 28	62 32	66 30
– „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen“	ja nein	28 67	36 60	33 63	33 64

1.4 Einschätzung der Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen

Die Befragten wurden mit der Bürgerbefragung 2011 erstmals gebeten, achtzehn öffentliche Einrichtungen der unterschiedlichen staatlichen Ebenen nach ihrer Wichtigkeit einzuordnen und sie in ihrer Arbeit zu benoten.

Öffentliche Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie diejenigen staatlichen Aufgaben, die den Bürgern in Notsituationen zur Seite stehen - Krankenhäuser, Polizei und Kriminalpolizei – finden sich auf den ersten fünf Plätzen der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

Ministerien der Bundes- und der Landesebene, Landesmedienanstalten, Museen und Badeanstalten (Hallenbäder und Freibäder) werden als am wenigsten wichtig eingestuft.

Die Benotung*) der Behörden und öffentlichen Einrichtungen ergibt eine Bandbreite von 2,0 bis 3,2, wobei die Kindergärten (Mittelwert 2,0) sowie die Straßenreinigung bzw. die Müllabfuhr (Mittelwert 2,0) die besten Noten zugewiesen bekommen und die Arbeitsämter mit einem Mittelwert von 3,2 sowie die Bundes- und Landesministerien jeweils mit einem Mittelwert von 3,0 die schlechtesten.

Die Aussagen zur Wichtigkeit korrespondieren nicht in allen Fällen mit einer guten bzw. schlechten Benotung. So werden zwar Bibliotheken und Museen auf der Wichtigkeitsskala im Vergleich zu den anderen staatlichen Angeboten relativ schwach (81 Prozent bzw. 73 Prozent) eingeordnet, erhalten jeweils mit einem Mittelwert von 2,3 aber überdurchschnittlich hohe Bewertungen. Dabei gilt sowohl in der Beurteilung der Wichtigkeit als auch in der Benotung, dass die älteren und höher gebildeten Befragten Museen und Bibliotheken einen höheren Stellenwert einräumen als jüngere Befragte bzw. Befragte mit niedrigeren formalem Bildungsniveau.

Bei den Ministerien, ob auf Bundes- oder Landesebene, verhält es sich anders: Hier sagen die Jüngeren häufiger (79 Prozent Wichtigkeit für Bundesministerien, 72 Prozent Wichtigkeit für Landesministerien) als die Älteren (71 Prozent Wichtigkeit für Bundesministerien, 56 Prozent Wichtigkeit für Landesministerien), dass diese Behörden wichtig sind und vergeben auch eine deutlich bessere Benotung (2,4 für Bundes- und Landesministerien) als die Älteren (2,9 für Bundesministerien bzw. 3,0 für Landesministerien).

*) Benotung nach Schulnoten von 1 = „sehr gut“ bis 6 = „ungenügend“; dargestellt und Bezugsgröße für die Ausführungen ist jeweils der Mittelwert

> **Wichtigkeit und Bewertung von Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand**

	wichtig %	unwichtig*) %	Bewertung %
Schulen	99	–	2,4
Krankenhäuser	98	1	2,2
Polizei/Kriminalpolizei	98	–	2,1
Kindergärten	98	1	2,0
Fachhochschulen/Universitäten	97	1	2,2
Gerichte	96	2	2,4
Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter	95	1	2,6
Straßenreinigung/Müllabfuhr	95	2	2,0
Sozialämter	89	4	2,8
Stadt-/Gemeindeverwaltung	85	5	2,6
Bibliotheken	81	9	2,3
Arbeitsämter	78	10	3,2
Finanzämter	76	12	2,7
Hallenbäder/Freibäder	76	11	2,5
Bundesministerien	72	11	3,0
Museen	73	11	2,3
Landesministerien	59	19	3,0
Landesmedienanstalten	49	26	2,9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders wichtig noch besonders unwichtig“/“weiß nicht“

1.5 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten

2011 meinen wie im Vorjahr 32 Prozent der öffentlich Bediensteten, dass sie über ein geringes Ansehen in der Öffentlichkeit verfügen. Der Anteil derjenigen, die meinen, dass Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit sei groß, ist im Vergleich zu 2010 um 2 Prozentpunkte auf 22 Prozent angestiegen.

> Vermutetes Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit (Basis: öffentlich Bedienstete)

	Das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ist		
	groß %	„normal“ (**) %	gering *) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:			
2007	18	42	40
2008	16	47	37
2009	20	51	29
2010	20	47	32
2011	22	45	32
Beamte	16	47	36
Tarifangehörige	26	44	29

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) normal = weder besonders groß, noch besonders gering

Dass die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren freundlicher geworden sei, glaubt auch 2011 wie schon in den Vorjahren nur eine Minderheit der öffentlich Bediensteten. Der Anteil derjenigen, die glauben, dass die Einstellung zum öffentlichen Dienst in den letzten Jahren unfreundlicher geworden ist, hat 2011 mit 30 Prozent allerdings wieder abgenommen.

> Entwicklung der Einschätzung des öffentlichen Dienstes

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit ist in den letzten Jahren		
		freundlicher geworden %	unverändert geblieben %	unfreundlicher geworden %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	14	54	32
	2008	16	50	34
	2009	16	56	28
	2010	14	51	34
	2011	16	52	30
	Beamte		14	55
Tarifangehörige		18	51	30

Ähnlich wie in den Jahren 2008, 2009 und 2010 glauben 2011 60 Prozent der öffentlich Bediensteten, dass die Medien in Deutschland über den öffentlichen Dienst in der Regel nicht objektiv und neutral, sondern wenig objektiv und unfreundlich berichten würden. Insbesondere die Beamten vertreten diese Meinung.

> Berichterstattung der Medien über den öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Medien berichten über den öffentlichen Dienst alles in allem	
		objektiv und neutral %	nicht objektiv und unfreundlich*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt	2007	27	69
	2008	36	60
	2009	35	60
	2010	34	61
	2011	36	60
Beamte		29	69
Tarifangehörige		42	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auch die Meinung der öffentlich Bediensteten dazu, ob die Politiker Verständnis für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes hätten oder nicht, bleibt im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil: 35 Prozent sind der Meinung, dass sie Verständnis haben. Demgegenüber stehen 61 Prozent, die der Auffassung sind, die Politiker hätten kein Verständnis für die Probleme des öffentlichen Dienstes.

> **Einstellung der Politiker zum öffentlichen Dienst**

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Politiker haben für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes Verständnis	
		ja %	nein*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	26	70
	2008	29	66
	2009	32	63
	2010	33	63
	2011	35	61
Beamte		37	59
Tarifangehörige		34	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Vergleich zu den Vorjahren ist 2011 der Anteil derjenigen weiter gesunken, die glauben, dass derzeit keine der politischen Parteien die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt.

24 Prozent der öffentlich Bediensteten – Beamte deutlich häufiger als Tarifangehörige – meinen, dass die Union die Interessen des öffentlichen Dienstes am besten vertritt. Mit 21 Prozent glauben etwas weniger als im Vorjahr, dass die SPD dies am besten tue.

> Parteien und öffentlicher Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

Die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt am besten:	öffentlich Bedienstete insgesamt				Beamte	Tarif- ange- hörige
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2011 %	2011 %
CDU/CSU	22	23	22	24	30	20
FDP	5	4	3	2	2	2
SPD	20	21	24	21	19	24
Grüne	2	2	2	3	3	4
Linkspartei	2	2	2	3	1	3
keine Partei *)	49	48	46	43	42	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“





**Erfahrungen der Bürger
mit dem öffentlichen Dienst**

2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

2.1 Inanspruchnahme der Behörden

Nach wie vor werden Behörden von den Bürgern in großem Umfang in Anspruch genommen. So geben auch 2011 77 Prozent aller Bürger an, im letzten Jahr Kontakt mit einer Behörde gehabt zu haben. Häufigen Kontakt (mindestens einmal pro Monat) hatten 26 Prozent.

> Behördenkontakte

	Es hatten im letzten Jahr Kontakt mit Behörden					Es haben häufig Kontakt (mind. 1-mal pro Monat)				
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
Bevölkerung insgesamt	84	77	77	77	77	28	25	23	24	26
Ost	81	76	78	76	71	36	31	25	26	26
West	85	77	77	78	78	27	23	23	24	27
14- bis 29-Jährige	90	83	85	81	83	34	32	28	28	31
30- bis 44-Jährige	94	87	90	86	89	37	31	27	29	34
45- bis 59-Jährige	91	80	84	80	84	36	24	30	27	31
60 Jahre und älter	73	64	63	67	61	15	16	14	15	15
Arbeiter	94	70	72	72	72	24	22	17	18	17
Angestellte	94	85	86	85	86	33	26	25	26	29
Selbstständige	97	92	90	89	92	56	49	54	36	54
Rentner	69	62	62	63	58	13	14	12	15	12
„Arme“ ^{*)}	72	73	74	77	69	22	25	25	27	29
„Reiche“ ^{**)}	94	87	86	87	90	38	31	31	28	34

*) Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro

**) Haushaltsnettoeinkommen über 3.000 Euro

Jüngere, unter 45 Jahre alte und reichere Bürger nehmen nach wie vor Behörden in größerem Maße in Anspruch als Ältere und ärmere Bürger. Besonders häufig und intensiv haben die Selbständigen Kontakt mit Behörden.

Die meisten Kontakte hatten die Bürger auch im letzten Jahr mit der Kommunalverwaltung. Mit der Finanz- und Steuerverwaltung hatten 49 Prozent im letzten Jahr zu tun. Dieser im Vergleich zu den Vorjahren höhere Anteil dürfte auf die Veränderungen in der Abwicklung von Steuerangelegenheiten (z. B. Abschaffung der bisher nur von der Gemeindeverwaltung erstellten Lohnsteuerkarte) und den daraus resultierenden Unklarheiten und Verunsicherungen beim Bürger zurückzuführen sein.

Kontakt zu Rechts- und Ordnungsbehörden (Polizei, Gericht, Staatsanwaltschaft, etc.) hatten 2011 16 Prozent. 12 Prozent hatten Kontakt mit der Arbeitsverwaltung.

> Behördenbesuche

Es hatten im letzten Jahr zu tun mit:	Bevölkerung insgesamt			
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
Kommunalverwaltung	88	80	93	81
Finanzverwaltung	36	35	37	49
„Recht und Ordnung“	17	16	16	16
Arbeitsverwaltung	10	9	11	12

2.2 Bürger und Verwaltung

Die meisten Bürger, die im letzten Jahr eine Behörde aufgesucht hatten, haben alles in allem eher positive Erfahrungen gemacht. Ebenso viele wie im Vorjahr meinen (86 Prozent), die Mitarbeiter seien freundlich gewesen. 69 Prozent sagten (ebenfalls wie im Vorjahr), ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden, und 84 Prozent (etwas mehr als 2010) hatten den Eindruck, dass die Mitarbeiter für ihre Tätigkeit qualifiziert waren.

> Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst

	Behördenbesucher*)				
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
Die Angelegenheit wurde sofort bearbeitet:					
– ja	68	64	68	69	69
– man musste längere Zeit warten	30	34	30	29	29
Die Mitarbeiter waren für ihre Tätigkeit qualifiziert und ausgebildet:					
– gut	79	82	86	83	84
– weniger gut, schlecht	15	14	11	13	14
Die Mitarbeiter waren freundlich **):					
– ja	83	84	84	86	86
– nein	14	14	13	12	12

*) Basis: Diejenigen, die im letzten Jahr Kontakt mit Behörden hatten

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

In überdurchschnittlichem Maße fühlten sich 2011 die jungen, unter 30 Jahre alten Bürger, die Ostdeutschen und die Großstädter von den Behörden eher schlecht behandelt.

> Erfahrungen mit Behörden

	Man musste längere Zeit warten	Die Mitarbeiter waren:	
	%	unqualifiziert %	unfreundlich %
Behördenbesucher insgesamt	29	14	12
Ost	32	17	12
West	29	14	12
Behördenkontakt:	häufig	29	12
	selten	25	13
14- bis 29-Jährige	39	18	21
30- bis 44-Jährige	32	16	15
45- bis 59-Jährige	27	13	10
60 Jahre und älter	25	12	7
Arbeiter	26	11	15
Angestellte	33	14	14
Selbstständige	27	23	14
Ortsgröße (Einwohner):			
unter 5.000	27	14	12
5.000 bis 20.000	22	12	10
20.000 bis 100.000	28	13	12
100.000 bis 500.000	37	20	16
über 500.000	38	16	12

2.3. Erfahrungen und Einstellungen im ländlichen Raum

Erstmals wurden die Bürger ländlicher Regionen zusätzlich gebeten, Auskunft über ihre Erfahrungen mit öffentlichen Angeboten am Wohnort bzw. ihre Erwartungen an die öffentliche Hand zu geben.

Dabei wurden folgende Orts- bzw. Gemeindegrößen als ländlicher Raum definiert:

- unter 5.000 Einwohner
- 5.000 bis 20.000 Einwohner
- 20.000 bis 50.000 Einwohner

Den Befragten wurden zunächst zwei sich widersprechende allgemeine Aussagen zur Rolle des Staates in ländlichen Regionen zur Bewertung vorgelegt: Zum einen die Aussage, dass sich Bewohner des ländlichen Raumes damit abfinden müssten, nicht alle staatlichen Angebote vor Ort haben zu können; zum anderen, dass der Staat alle Bürger unabhängig vom Wohnort gleich behandeln müsse.

Dabei fällt die Zustimmung für die erste Aussage („auf dem Land kann man nicht alles vor Ort haben“) mit 71 Prozent recht eindeutig aus. Die Bewohner kleinerer Orte (unter 5.000 Einwohner) meinen sogar überdurchschnittlich mit 77 Prozent, dass man auf dem Land nicht die gleichen Angebote wie in der Stadt erwarten könne. Kein Unterschied in der Bewertung lässt sich zwischen den Befragten in den alten und den neuen Bundesländern feststellen.

Nur 27 Prozent sind der Ansicht, dass der Wohnort keine Rolle spielen dürfe, und der Staat in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen in der Pflicht stehe, Angebote für die Bürger zu schaffen. Die Zustimmung zu dieser Aussage steigt mit der Einwohnerzahl des Wohnortes. Während in Wohnorten mit weniger als 5.000 Einwohnern 22 Prozent der Befragten diese Aussage teilen, sind es in Orten mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern 28 Prozent.

> Verantwortung der öffentlichen Hand im ländlichen Raum

(Basis: Befragte im ländlichen Raum)

	Wer auf dem Land lebt, muss sich damit abfinden dass er nicht alles vor Ort haben kann	Der Staat muss alle Bürger gleich behandeln und deswegen auf dem Land genauso viele Angebote schaffen wie in der Stadt
	%	%
insgesamt	71	27
Ost	70	29
West	71	27
Ortsgröße (Einwohner):		
– unter 5.000	77	22
– 5.000 bis 20.000	68	29
– 20.000 bis 50.000	71	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Gut jeder zweite Befragte (55 Prozent) des ländlichen Raums gibt an, in den vergangenen Jahren keine spürbaren Veränderungen bei der Verwaltung und den Behörden am Wohnort wahrgenommen zu haben. 43 Prozent geben indes an, vor Ort habe es spürbare Veränderungen gegeben.

Bei der Wahrnehmung von Veränderungen spielt die Ortsgröße nur eine geringe Rolle. 41 Prozent der Befragten aus kleinen Orten (unter 5.000 Einwohnern) geben an, es habe Veränderungen gegeben. Von den Befragten aus mittelgroßen Ortschaften (5.000 bis 20.000 Einwohner) sagen dies 43 Prozent und von den Befragten aus größeren, ländlichen Orten (20.000 bis 50.000 Einwohner) 45 Prozent.

Anders verhält es sich im Ost-West-Vergleich. Während im Westen die ländliche Bevölkerung mit 41 Prozent leicht unterdurchschnittlich Veränderungen wahrgenommen hat, sind es im Osten überdurchschnittliche 49 Prozent.

Diejenigen Befragten, die Veränderungen wahrgenommen haben, meinen damit keineswegs nur negative. Verbesserungen bzw. Professionalisierungen, zum Beispiel hinsichtlich Service, Bürgernähe und Kommunikation werden genauso angeführt

wie Verbesserungen hinsichtlich der Infrastruktur. So geben 26 Prozent der Befragten an, einen verbesserten Service zu erhalten (z.B. bessere Beratung, Freundlichkeit, bessere Öffnungszeiten oder kürzere Bearbeitungszeiten), 17 Prozent loben eine erhöhte Bürgernähe (z.B. erhöhte Transparenz, Einrichtung von Bürgerbüros), 10 Prozent nennen Verbesserungen in der Infrastruktur (v.a. Verkehrsinfrastruktur), 6 Prozent ist die Modernisierung der Kommunikation (u.a. Internetauftritt, Kommunikation via E-Mail) und 2 Prozent die Modernisierung von Ämtern und Behörden aufgefallen. 7 Prozent benennen „allgemeine Verbesserungen“.

Bei den negativen Nennungen fällt zunächst auf, dass nahezu genauso viele, die der öffentlichen Hand vor Ort eine erhöhte Bürgernähe (26 Prozent) bescheinigen, meinen, dass sich die Bürgernähe verschlechtert habe (25 Prozent). Hier ist die Größe des Wohnortes das entscheidende Kriterium. Befragte aus kleinen Orten (unter 5.000 Einwohnern) geben unterdurchschnittlich oft an (17 Prozent), der Bürgerservice habe sich verbessert, jedoch überdurchschnittlich (29 Prozent), dass sich dieser verschlechtert habe.

Weitere negative Aussagen entfallen auf den „spürbaren Kostendruck“ (9 Prozent), wobei darunter auch die Zusammenlegungen von Gemeinden bzw. Gebietsreformen (5 Prozent) verstanden werden sowie die im Vordergrund stehende Effizienz (9 Prozent). Schließungen von Behörden werden von 6 Prozent genannt, eine erhöhte Bürokratie von 1 Prozent.

Negative Angaben wie „schlechterer Service“, „Effizienz steht im Vordergrund“ und „spürbarer Kostendruck“ werden deutlich öfter von Befragten aus kleinen und mittelgroßen Wohnorten des ländlichen Raumes genannt als von Befragten größerer Wohnorte (20.000 bis 50.000 Einwohner). Beim Aspekt „Schließungen“ verhält es sich umgekehrt.

> Veränderungen bei Verwaltung und Behörden im ländlichen Raum

(Basis: Befragte im ländlichen Raum)

	ins- gesamt	Ost	West	Ortsgröße (Einwohner)		
				unter 5.000	5.000 bis 20.000	20.000 bis 50.000
	%	%	%	%	%	%
Hat sich bei den Verwaltungen und Behörden am Wohnort in den letzten Jahren etwas spürbar verändert oder ist alles gleich geblieben?						
Ja, und zwar: *) **)	43	49	41	41	43	45
Positive Nennungen						
– verbesserter Service	26	8	33	17	23	39
– mehr Bürgernähe	17	6	21	10	19	20
– Verbesserung Infrastruktur	10	10	11	12	10	9
– allgemeine Verbesserung	7	8	7	14	3	7
– Modernisierung						
Kommunikation	6	4	7	2	7	7
– Modernisierung Verwaltung	2	–	3	2	2	2
Negative Nennungen						
– schlechterer Service	25	37	20	29	28	15
– Effizienz im Vordergrund	9	18	6	14	8	7
– spürbarer Kostendruck	9	18	5	10	9	7
– Schließungen	6	6	7	2	7	9
– erhöhte Bürokratie	1	–	2	–	–	2
Nein, alles so geblieben ***)	55	48	57	57	55	52

*) Basis: Befragte, die angeben, dass sich etwas verändert habe

**) Mehrfachnennungen möglich

***) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nach der allgemeinen Frage zur Wahrnehmung von Veränderungen vor Ort, wurde zur Betroffenheit von Schließungen oder Zusammenlegungen von öffentlichen Einrichtungen vor Ort nachgefragt.

Auf diese Frage antwortet knapp die Hälfte (48 Prozent), dass sie von Schließungen oder Zusammenlegungen öffentlicher Einrichtungen betroffen seien. 41 Prozent sind nicht davon betroffen und geben an, es seien auch keine Schließungen oder Zusammenlegungen geplant. Jeder zehnte Befragte (10 Prozent) kann keine Aussage machen.

Überdurchschnittlich betroffen von Schließungen oder Zusammenlegungen sind die Ostdeutschen (63 Prozent), sowie die Befragten aus kleinen (50 Prozent) und größeren Wohnorten (50 Prozent) des ländlichen Raums.

Bei denjenigen, die von Schließungen oder Zusammenlegungen betroffen sind, wurde wiederum nachgefragt, ob sie die Gründe nennen können, die für diese Maßnahmen maßgeblich waren.

Die weit überwiegende Mehrheit (64 Prozent) nennt finanzielle Gründe für die Schließungen oder Zusammenlegungen. Als weitere Gründe werden, allerdings mit großem Abstand, genannt: „Politische Gründe“ (z. B. Zusammenlegung von Kommunen, Gebietsreform, Reformen allgemein) mit 8 Prozent, „Effizienz-Gründe“ mit 6 Prozent, „Umstrukturierungen“ mit 5 Prozent, „demographische Entwicklung“ (v.a. mit Blick auf Bildungs- und Betreuungseinrichtungen) mit 3 Prozent. Bei dieser Frage gibt es nur geringe Differenzen zwischen den Befragten aus Ost- und Westdeutschland bzw. aus Orten unterschiedlicher Größe.

> Schließungen oder Zusammenlegungen von öffentlichen Einrichtungen

(Basis: Befragte im ländlichen Raum)

	ins- gesamt	Ost	West	Ortsgröße (Einwohner)		
	%	%	%	unter 5.000	5.000 bis 20.000	20.000 bis 50.000
Es sind oder waren von Schließungen oder Zusammenlegungen betroffen:	48	63	42	50	46	50
Gründe: *) **)						
– Geld	64	55	70	59	67	65
– politische Gründe	8	15	4	10	7	8
– Effizienz-Gründe	6	5	6	–	7	10
– Umstrukturierungen	5	6	5	4	7	4
– Demographische Entwicklung	3	2	3	4	2	2
Nicht betroffen ***)	41	25	47	41	41	43

*) Basis: Befragte, die angeben von Schließungen oder Zusammenlegungen betroffen zu sein

**) Mehrfachnennungen möglich

***) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Angesichts der Entwicklung bzw. der Prognose, dass immer mehr Menschen in der Stadt und immer weniger Menschen auf dem Land leben werden, wurde die Frage gestellt, ob Verständnis oder kein Verständnis dafür aufgebracht wird, dass sich der Staat vor diesem Hintergrund einige Behörden und öffentliche Einrichtungen in ländlichen Regionen nicht mehr leisten kann.

Verständnis für diese Diskussion äußern insgesamt 39 Prozent, Unverständnis 59 Prozent. Je kleiner der Wohnort und damit die persönliche Betroffenheit, desto größer das Unverständnis: 72 Prozent der Befragten aus kleinen Wohnorten (unter 5.000 Einwohner), 55 Prozent der Befragten aus mittelgroßen Wohnorten (5.000 – 20.000 Einwohner) und 52 Prozent der Befragten aus größeren Wohnorten (20.000 – 50.000 Einwohner) haben für solche Diskussionen kein Verständnis. Bei den Antworten der Ost- und Westdeutschen gibt es nur kleine Unterschiede: 60 Prozent der Ostdeutschen und 58 Prozent der Westdeutschen äußern Unverständnis für diese Diskussion.

> **Verständnis für einen Rückzug der öffentlichen Hand aus dem ländlichen Raum**
 (Basis: Befragte im ländlichen Raum)

	Es haben Verständnis dafür, dass sich der Staat im ländlichen Raum Behörden und öffentliche Einrichtungen nicht mehr leisten kann:	
	ja %	nein *) %
insgesamt	39	59
Ost	37	60
West	40	58
Ortsgröße (Einwohner):		
– unter 5.000	27	72
– 5.000 bis 20.000	43	55
– 20.000 bis 50.000	44	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Befragte, bei denen es entsprechende Einrichtungen am Wohnort gibt, wurden gebeten zu sagen, welche öffentlichen Einrichtungen es auf jeden Fall auch in Zukunft vor Ort geben sollte. Abgefragt wurden acht Einrichtungen der öffentlichen Hand: Feuerwehr, Polizei, Krankenhaus, Kindergarten, Schule, Rathaus, Bibliothek und Schwimmbad.

Für unverzichtbar wurden unabhängig von der Größe des Wohnortes die Feuerwehr (95 Prozent), der Kindergarten (94 Prozent) und die Schule (89 Prozent) gehalten. Weniger als die Hälfte aller Befragten (46 Prozent) gibt an, dass das vorhandene Krankenhaus weiterhin bestehen müsse. Von der örtlichen Bibliothek (53 Prozent) und dem Schwimmbad (55 Prozent) sagt dies gut jeder Zweite, von der Polizei sagen dies zwei Drittel (65 Prozent).

Allerdings gibt es je nach Größe des Wohnortes der Befragten erhebliche Unterschiede. Die Befragten in kleinen Wohnorten (unter 5.000 Einwohnern) haben stark abweichende Vorstellungen von denjenigen, die in größeren Orten (20.000 – 50.000 Einwohner) leben. So halten nur 25 Prozent der Befragten aus kleinen Wohnorten das

örtliche Krankenhaus für unverzichtbar. Bei den Befragten aus größeren Wohnorten sind es hingegen 73 Prozent. 40 Prozent der Befragten aus kleinen Wohnorten nennen die vorhandene Polizei für unverzichtbar, in den größeren Wohnorten sind es 85 Prozent.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei den Einschätzungen zum örtlichen Schwimmbad bzw. zur örtlichen Bibliothek. Befragte aus kleinen Orten sagen zu 42 Prozent, dass auf das Schwimmbad bzw. zu 38 Prozent, dass auf die Bibliothek verzichtet werden könnte. Befragte aus größeren Wohnorten erklären zu 71 Prozent, dass das Schwimmbad und zu 67 Prozent, dass die Bibliothek unverzichtbar seien.

> **Notwendige Einrichtungen im ländlichen Raum *)**

(Basis: Befragte im ländlichen Raum)

	insgesamt %	Ortsgröße (Einwohner)		
		unter 5.000 %	5.000 bis 20.000 %	20.000 bis 50.000 %
Feuerwehr	95	93	97	95
Kindergarten	94	89	95	97
Schule	89	75	96	91
Rathaus/Gemeinde	80	67	83	87
Polizei	65	40	67	85
Schwimmbad	55	42	53	71
Bibliothek	53	38	55	67
Krankenhaus	46	25	42	73

*) Basis: Befragte, bei denen es die jeweilige Einrichtung vor Ort gibt.



Staat und Privatisierung



3. Staat und Privatisierung

3.1 Die Rolle des Staates und das Ausmaß der Bürokratie

Den Befragten wurden auch 2011 wieder zwei Aussagen über die Rolle des Staates in der globalisierten Gesellschaft vorgelegt. Die eine lautete, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat brauche, weil der Markt letztendlich schon alles richten werde. Die zweite lautete, dass man gerade in einer globalisierten Gesellschaft einen starken Staat brauche, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen könne.

› Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

	Es stimmen der Auffassung zu: In einer globalisierten Gesellschaft braucht man ...									
	... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten					... einen starken Staat, der die Bürger vor aus- ufernden Entwick- lungen schützen kann				
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
Bevölkerung insgesamt	17	16	13	12	13	66	70	76	77	78
Beamte	7	6	6	6	7	74	78	81	85	83
Tarifangehörige im öD	14	12	8	7	8	74	78	78	81	79
Arbeiter	22	22	7	13	22	70	74	86	72	81
Angestellte	18	11	12	10	12	66	71	74	78	77
Selbstständige	24	22	17	18	16	55	57	68	64	76
Ost	21	15	11	11	13	67	76	81	81	77
West	16	16	14	12	13	66	69	75	76	78
Anhänger der:										
CDU/CSU	18	15	15	15	15	73	73	74	83	82
FDP	22	29	22	20	32	54	58	69	69	59
SPD	16	14	11	11	10	68	77	83	80	85
Grünen	12	9	5	3	8	64	69	77	74	76
Linkspartei	16	14	10	11	14	76	74	79	78	74

Der Auffassung, dass man heute immer weniger Staat brauche, stimmen 2011 nur geringfügig mehr Bürger zu als 2010. Vergleichsweise die höchste Zustimmung erreicht die Auffassung noch unter den FDP-Anhängern.

Der Auffassung, dass man gerade in einer durch zunehmende Globalisierung geprägten Gesellschaft einen starken Staat brauche, stimmen 2011 78 Prozent aller Bürger zu – etwas mehr als 2010 und deutlich mehr als noch in den Jahren 2007 und 2008.

2011 glauben 74 Prozent, dass sich der Staat nicht mehr gegen die Interessen der international tätigen Konzerne durchsetzen kann, sondern die Wirtschaft letztendlich mache, was sie wolle.

> Einfluss des Staates auf die Wirtschaft

		Der Staat kann sich noch gegen die Interessen der international tätigen großen Konzerne durchsetzen	
		ja %	nein, die Wirtschaft macht, was sie will*) %
Bevölkerung insgesamt	2008	20	76
	2009	28	68
	2010	23	73
	2011	23	74
	Beamte	24	72
Tarifangehörige im öD		24	74
Ost		13	84
West		25	71
14- bis 29-Jährige		31	65
30- bis 44-Jährige		27	70
45- bis 59-Jährige		19	77
60 Jahre und älter		18	79
Arbeiter		22	74
Angestellte		24	73
Selbstständige		24	73
Anhänger der:	CDU/CSU	27	69
	FDP	38	59
	SPD	22	76
	Grünen	16	82
	Linke	13	86

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

In der öffentlichen Diskussion wird immer wieder eine über den bisherigen Umfang hinausgehende Privatisierung weiterer bislang staatlicher Dienstleistungen gefordert.

Trotz gelegentlicher Kritik an der Bürokratie teilten viele Bürger diesen Ruf nach mehr Privatisierung in den letzten vier Jahren nicht. Die Privatisierungs-Skepsis ist seither eher noch größer geworden.

So ist 2011 weiterhin für fast alle Bürger unvorstellbar, dass hoheitliche Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Von der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, den Schulen und der Rentenversicherung kann sich ebenfalls die große Mehrheit nicht vorstellen, diese Dienstleistungen zu privatisieren.

Von den Hochschulen, den Krankenhäusern und der Energieversorgung meinen 2011 wieder etwas mehr Befragte als 2010, dass diese Leistungen im öffentlichen Dienst verankert bleiben sollten.

Etwas geringer geworden ist 2011 der Anteil derer, die meinen, dass die Müllentsorgung, die Arbeitsvermittlung, der öffentliche Nahverkehr und Theater bzw. Museen unbedingt im öffentlichen Dienst verbleiben sollten.

> Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen						
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben					könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	sollten unbedingt privatisiert werden*)
	2007	2008	2009	2010	2011	2011	2011
	%	%	%	%	%	%	%
Polizei	97	96	98	97	98	2	0
Gerichtswesen	96	95	96	96	97	2	0
Strafvollzug	92	91	92	91	91	7	1
Finanzverwaltung	85	84	84	84	89	9	2
Feuerwehr	83	83	86	85	84	15	1
Schulen	76	78	79	78	82	16	2
Rentenversicherung	70	71	72	77	81	15	4
Hochschulen	66	69	70	71	75	22	2
Krankenhäuser	61	63	63	60	64	31	4
Müllentsorgung	41	46	45	47	45	45	9
Arbeitsvermittlung u. -ämter	40	46	52	53	51	38	10
Energieversorgung	40	47	48	46	48	41	10
Öffentlicher Nahverkehr	39	46	46	45	40	49	10
Theater, Museen	33	33	31	36	35	54	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Einschätzung der Leistungen der privatisierten bzw. z.T. privatisierten Dienstleistungen hat sich 2011 im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Nach wie vor glaubt die Mehrheit der Befragten nicht, dass die Leistungen der abgefragten Unternehmen nach der Privatisierung besser geworden sind.

Lediglich beim Paketdienst und der Telekommunikation glauben einige (48 Prozent bzw. 47 Prozent), dass die Leistungen nach der Privatisierung besser geworden seien als beim früheren Staatsunternehmen Post.

In allen anderen Bereichen (Müllentsorgung, Post, Energieversorgung, Bahn sowie Wohnungen, öffentlicher Nahverkehr oder Krankenhäuser) sieht eine große Mehrheit

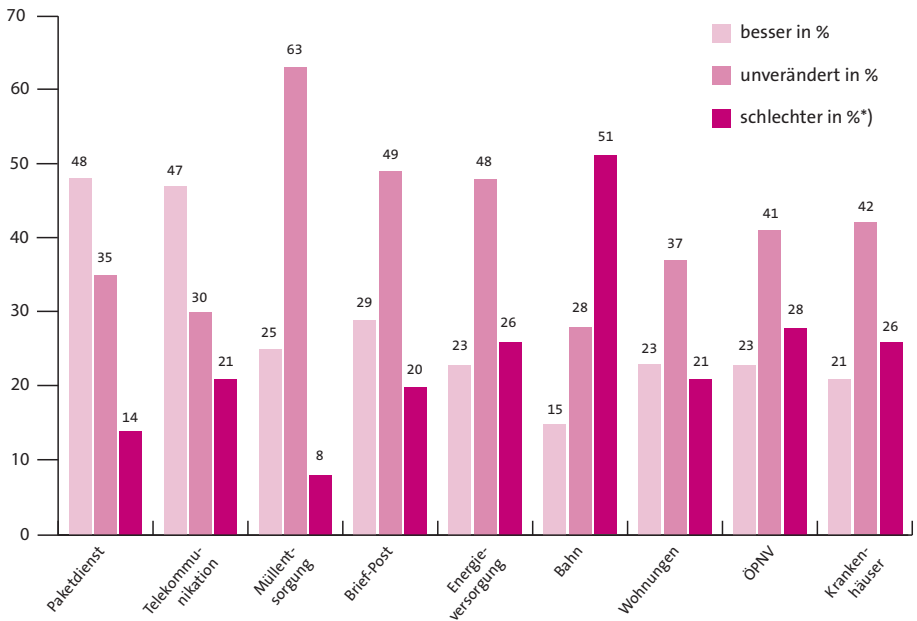
keine Verbesserungen der Leistungen nach der Privatisierung. Bei der Bahn haben sogar 51 Prozent den Eindruck, die Leistungen seien nach der Teilprivatisierung schlechter geworden.

Gleiches gilt für die Einschätzung der Kosten der privatisierten bzw. z.T. privatisierten Dienstleistungen. Dass die Leistungen nach der Privatisierung billiger geworden seien, glauben 48 Prozent lediglich für den Bereich der Telekommunikation. Aber auch hier glauben 28 Prozent, die Telekommunikationsdienstleistungen seien nach der Privatisierung teurer geworden, und 21 Prozent sehen keine Veränderung der Preise.

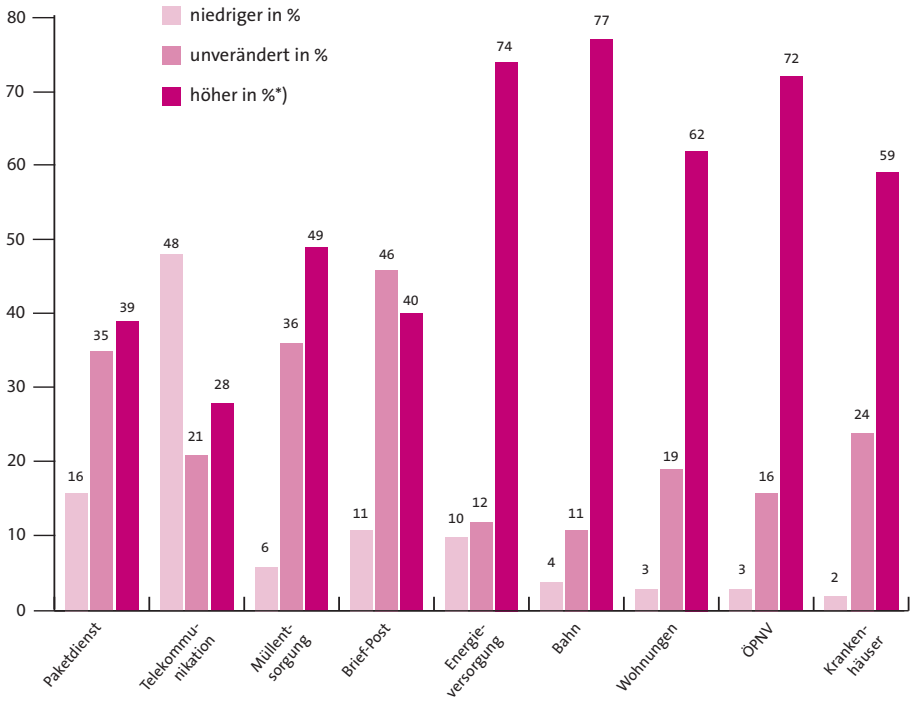
Bei den Krankenhäusern, den Wohnungen, dem öffentlichen Nahverkehr, der Bahn und der Energieversorgung meint eine große Mehrheit, die Preise seien nach der Privatisierung gestiegen.

> Qualität und Kosten von Dienstleistungen nach der Privatisierung

Die Leistungen sind nach der Privatisierung



Die Kosten sind nach der Privatisierung



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auch 2011 ist der Anteil derer, die dafür sind, noch mehr öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren, mit 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Der Anteil derer, die meinen, dass Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt und der Anteil derer, die privatisierte Leistungen wieder in den öffentlichen Dienst überführen wollen, ist ebenfalls ähnlich hoch wie im Vorjahr.


Für weitere Privatisierungen sprechen sich wie schon in den Vorjahren in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der FDP aus.

> Meinungen zu weiteren Privatisierungen

	Es sollten noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden	Das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt	Privatisierte*) Leistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden
	%	%	%
Bevölkerung insgesamt			
2007	24	50	19
2008	18	52	25
2009	17	50	29
2010	17	52	27
2011	17	53	26
Beamte	15	53	29
Tarifangehörige im öD	16	53	29
Arbeiter	25	49	23
Angestellte	21	50	25
Selbstständige	27	44	25
Ost	16	51	29
West	18	53	25
Anhänger der:			
CDU/CSU	20	59	19
FDP	51	32	16
SPD	13	55	29
Grünen	19	48	29
Linkspartei	11	39	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“





**Die öffentlich Bediensteten:
Zufriedenheit und Erwartungen**

4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

Mit 77 Prozent haben im Vergleich zu 2010 ähnlich viele der öffentlich Bediensteten den Eindruck, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst im Vergleich zu denen in der freien Wirtschaft in den letzten Jahren weniger stark gestiegen seien. Am ehesten meinen dies noch die Beamten und die öffentlich Bediensteten in den alten Bundesländern.

> Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft sind die Einkommen im öffentlichen Dienst		
		stärker gestiegen %	in gleichem Maße gestiegen %	weniger stark gestiegen*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt	2007	5	10	82
	2008	5	9	84
	2009	4	10	82
	2010	5	15	76
	2011	7	14	77
	Beamte		4	11
Tarifangehörige		10	15	73
Ost		13	20	64
West		6	12	80

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Zudem glauben wie im Vorjahr 79 Prozent der öffentlich Bediensteten, dass die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren der der freien Wirtschaft hinterherhinken wird.

> Vermutete Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft werden die Einkommen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren		
		stärker steigen %	in gleichem Maße steigen %	in geringerem Maße steigen*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2007	3	13	84
	2008	4	15	80
	2009	4	19	74
	2010	3	16	79
	2011	4	15	79
Beamte		3	12	84
Tarifangehörige		6	18	75
Ost		7	18	73
West		4	14	80
14- bis 29-Jährige		8	19	72
30- bis 44-Jährige		6	17	76
45- bis 59-Jährige		4	15	80
60 Jahre und älter		3	10	84

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2011 sind lediglich 34 Prozent der Meinung, dass die Tarifverhandlungen mit einem guten Abschluss geendet haben. 56 Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

> **Meinungen zum Tarifabschluss 2011**

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Der Tarifabschluss war ein guter Abschluss	
	ja %	nein, nicht so gut*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt	34	56
Beamte	32	58
Tarifangehörige	35	55
Männer	34	58
Frauen	33	55
Ost	31	54
West	34	57
14- bis 29-Jährige	37	55
30- bis 44-Jährige	39	51
45- bis 59-Jährige	30	60
60 Jahre und älter	35	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2011 glaubt die Hälfte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst im Vergleich zur freien Wirtschaft zu niedrig sei. 46 Prozent halten die Bezahlung für angemessen.

> Angemessene Bezahlung im öffentlichen Dienst?

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft ist die Bezahlung im öffentlichen Dienst		
		zu hoch %	angemessen %	zu niedrig*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2007	2	42	53
	2008	2	40	56
	2009	2	43	53
	2010	1	48	48
	2011	2	46	50
Beamte		2	53	44
Tarifangehörige		2	42	55
Ost		3	52	43
West		2	45	52
14- bis 29-Jährige		8	34	58
30- bis 44-Jährige		1	47	51
45- bis 59-Jährige		2	46	51
60 Jahre und älter		2	51	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Mit ihren jetzigen Arbeitsbedingungen sind 2011 75 Prozent aller öffentlich Bediensteten zufrieden, 11 Prozent unzufrieden; die übrigen sind weder besonders zufrieden noch besonders unzufrieden. Damit ist der Grad der Zufriedenheit auch 2011 im Vergleich zu den Vorjahren weiter angestiegen.

> Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Es sind mit ihren Arbeitsbedingungen	
		zufrieden %	unzufrieden*) %
öffentlich Bedienstete			
insgesamt	2007	65	20
	2008	64	16
	2009	68	14
	2010	72	14
	2011	75	11
Beamte		73	12
Tarifangehörige		76	10
Ost		79	8
West		74	11
14- bis 29-Jährige		68	12
30- bis 44-Jährige		69	12
45- bis 59-Jährige		79	9
60 Jahre und älter		75	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders zufrieden noch unzufrieden“

2011 geben 38 Prozent aller öffentlich Bediensteten an, dass sich ihre Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert hätten. 23 Prozent – insbesondere Bedienstete in den neuen Bundesländern - sagen, ihre Arbeitsbedingungen hätten sich verbessert; bei 37 Prozent hat es keine Veränderungen gegeben.

> **Entwicklung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren**
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren		
		verbessert	verschlechtert	sind unverändert geblieben*)
		%	%	%
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2007	24	47	27
	2008	18	46	34
	2009	22	40	30
	2010	23	40	35
	2011	23	38	37
Beamte		17	46	35
Tarifangehörige		27	33	39
Ost		34	24	41
West		20	42	36
14- bis 29-Jährige		23	22	50
30- bis 44-Jährige		23	36	40
45- bis 59-Jährige		24	40	36
60 Jahre und älter		19	47	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass ihre Arbeit in ausreichender Weise durch den Vorgesetzten gewürdigt wird, meinen 2011 59 Prozent der öffentlich Bediensteten. 40 Prozent hingegen fühlen ihre Arbeit nicht in ausreichender Weise gewürdigt.

> Anerkennung durch Vorgesetzte

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeit wird durch den Vorgesetzten in ausreichender Weise gewürdigt	
		ja	nein, es wünschen sich manchmal mehr Anerkennung*)
		%	%
öffentlich Bedienstete			
insgesamt	2007	59	41
	2008	53	46
	2009	56	43
	2010	60	39
	2011	59	40
Beamte		61	37
Tarifangehörige		57	41
Ost		58	41
West		59	39
14- bis 29-Jährige		64	36
30- bis 44-Jährige		60	39
45- bis 59-Jährige		58	41
60 Jahre und älter		59	35

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2011 ist der Anteil derer leicht zurückgegangen, die den öffentlichen Dienst für einen attraktiven Arbeitgeber halten. 61 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten schätzen den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger als attraktiv ein. 31 Prozent schätzen ihn als nicht so attraktiv, 7 Prozent als unattraktiv ein.

> Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Der öffentliche Dienst ist für Berufseinsteiger		
		attraktiv %	nicht so attraktiv %	unattraktiv*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2008	57	33	10
	2009	60	30	10
	2010	63	28	8
	2011	61	31	7
Beamte		60	32	6
Tarifangehörige		61	30	8
Ost		61	31	7
West		61	31	7
14- bis 29-Jährige		65	31	4
30- bis 44-Jährige		63	29	6
45- bis 59-Jährige		60	30	10
60 Jahre und älter		58	37	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Bezahlung der Anwärter, Referendare und Auszubildenden im öffentlichen Dienst wird 2011 von 51 Prozent für angemessen gehalten. 35 Prozent schätzen sie als zu niedrig ein.

> Meinung zur Bezahlung der Anwärter, Referendare und Auszubildenden

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Anwärter, Referendare und Auszubildenden im öffentlichen Dienst werden bezahlt		
		angemessen %	zu niedrig %	zu hoch*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2008	47	36	4
	2009	45	35	4
	2010	50	32	4
	2011	51	35	4
Beamte		49	43	3
Tarifangehörige		52	30	5
Ost		50	28	8
West		51	37	4
14- bis 29-Jährige		64	30	5
30- bis 44-Jährige		50	35	6
45- bis 59-Jährige		52	34	3
60 Jahre und älter		43	44	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst werden 2011 wieder etwas besser eingeschätzt als im Vorjahr. 60 Prozent – insbesondere die Beamten – meinen, die Aufstiegs- und Karrierechancen seien im öffentlichen Dienst schlechter als in der Privatwirtschaft; 28 Prozent halten sie für gleich.

> Einschätzung der Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zur Privatwirtschaft		
		besser %	genauso %	schlechter*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2008	7	23	70
	2009	7	26	64
	2010	8	22	68
	2011	10	28	60
Beamte		6	23	69
Tarifangehörige		13	31	53
Ost		14	32	52
West		9	27	62
14- bis 29-Jährige		20	24	56
30- bis 44-Jährige		11	29	59
45- bis 59-Jährige		9	27	62
60 Jahre und älter		8	30	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Trotz der z. T. besseren Beurteilung der Arbeitssituation in der freien Wirtschaft würden 2011 nur 22 Prozent der öffentlich Bediensteten in Erwägung ziehen, in die freie Wirtschaft zu wechseln – wenn es dazu die Möglichkeit gäbe. Damit liegt der Wert wieder etwas über dem der Jahre 2010 und 2009.

> Wechsel in die Privatwirtschaft

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Es würden in die Privatwirtschaft wechseln, wenn es die Möglichkeit dazu gäbe			
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %
öffentlich Bedienstete insgesamt	24	20	20	22
Beamte	20	17	21	20
Tarifangehörige	28	22	20	23
Ost	22	19	12	19
West	25	20	22	23
14- bis 29-Jährige	28	29	34	27
30- bis 44-Jährige	24	18	21	20
45- bis 59-Jährige	24	18	19	25
60 Jahre und älter	18	26	17	13

Beim Werben um Berufsanfänger und Fachkräfte sehen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten ihren Arbeitgeber mehrheitlich (49 Prozent) im Nachteil gegenüber der Privatwirtschaft. 29 Prozent der Befragten geben an, dass sie den öffentlichen Dienst im Vorteil sehen, und 19 Prozent sehen weder den öffentlichen Dienst noch die Privatwirtschaft im Vorteil.

Dabei gibt es jedoch signifikante Unterschiede zwischen den Tarifangestellten und den Beamten. Während nur 18 Prozent der Beamten den öffentlichen Dienst im Vorteil sehen, sind es unter den Tarifangestellten doppelt so viele (36 Prozent).

Von denjenigen, die den öffentlichen Dienst im Vorteil gegenüber der Privatwirtschaft sehen, geben 71 Prozent (68 Prozent Tarifangestellte, 89 Prozent Beamte) die höhere „Sicherheit“ der Arbeitsverhältnisse als Grund an. Mit großem Abstand folgt als zweite Nennung mit 17 Prozent (21 Prozent Tarifangestellte, 11 Prozent Beamte) der Aspekt der „besseren Arbeitsbedingungen“. Danach folgt die „Entlohnung“ mit 15 Prozent (14 Prozent Angestellte, 11 Prozent Beamte) als Grund

für den Vorteil des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft. Zuletzt wird mit 5 Prozent der Status bzw. die öffentliche Wertschätzung als Grund angegeben.

Trotz der Unterschiede zwischen Tarifangestellten und Beamten in der generellen Einschätzung, ob der öffentliche Dienst oder die Privatwirtschaft im Vorteil ist, ergibt sich bei beiden Gruppen die gleiche Rangfolge der Gründe für den von diesen Befragten attestierten Vorteil des öffentlichen Dienstes.

Diejenigen, die den öffentlichen Dienst im Nachteil sehen, nennen zuerst mit 47 Prozent die „schlechtere Entlohnung“ als Hauptgrund. Zu dieser Bewertung kommen Tarifangestellte und Beamte nahezu einheitlich: Tarifangestellte teilen diese Aussage zu 47 Prozent, Beamte zu 50 Prozent.

Erst mit Abstand folgt mit 28 Prozent (29 Prozent Tarifangestellte, 27 Prozent Beamte) als Grund „mangelnde Vielfalt im öffentlichen Dienst“ bzw. „mangelnde Karrieremöglichkeiten“ im Vergleich zur Privatwirtschaft. Als dritter Grund wird „mangelnder Status“ bzw. „mangelnde öffentliche Anerkennung“ mit 17 Prozent (12 Prozent Tarifangestellte, 21 Prozent Beamte) angeführt. Nur wenige meinen beispielsweise, dass der öffentliche Dienst schlechtere Arbeitsbedingungen als die Privatwirtschaft habe (4 Prozent) oder einer wachsenden Unsicherheit ausgesetzt sei (1 Prozent).

➤ **Einschätzungen zur Stellung des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften**

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	insgesamt %	Angestellte %	Beamte %
Beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräften ist der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft			
im Vorteil, wegen: *)	29	36	18
– Sicherheit	71	68	89
– Arbeitsbedingungen	17	21	11
– Entlohnung	15	14	11
– Vielfalt und Aufstiegsmöglichkeiten	7	7	11
– generelle Attraktivität	4	4	–
– Status	5	5	5
im Nachteil, wegen: **)	49	46	62
– schlechtere Entlohnung	47	47	50
– nicht so vielfältig und weniger Karrieremöglichkeiten	28	29	27
– geringerer Status	17	12	21
– mangelnde Flexibilität	13	12	20
– generelle Unattraktivität	9	12	6
– mangelnde Kommunikation des öffentlichen Dienstes	8	10	8
– schlechtere Arbeitsbedingungen	4	5	5
– wachsende Unsicherheit im ÖD	1	–	3
weder noch	19	14	19

*) Basis: Befrage, die den ÖD im Vorteil sehen

**) Basis: Befragte, die den ÖD im Nachteil sehen

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.3. Die Meinung der jungen öffentlich Bediensteten

Erstmals wurden im Rahmen der Bürgerbefragung 2011 auch die 16- bis 30-Jährigen, die im öffentlich Dienst beschäftigt sind, nach ihren Gründen für die Berufswahl bzw. zu ihrer Zufriedenheit mit dem ergriffenen Beruf befragt.

Die meisten der jüngeren öffentlich Bediensteten (40 Prozent) äußern, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst ihrem Berufswunsch entsprochen habe. Bei 16 Prozent war der „Zufall“ (bzw. „hat sich so ergeben“) der Grund für die Berufswahl. Danach folgen mit 10 Prozent der „Impuls durch die Familie“, mit jeweils 8 Prozent die Aspekte „Sicherheit“ und „Geld“, mit 6 Prozent „durch ein Praktikum im öffentlichen Dienst“ und zuletzt mit 4 Prozent „durch die Berufsberatung“.

> Wichtigkeit der Gründe für die Arbeit im öffentlichen Dienst

(Basis: im öffentlichen Dienst beschäftigte 16- bis 30-Jährige)

	insgesamt %
entsprach Berufswunsch	40
hat sich so ergeben	16
durch die Familie	10
Sicherheit	8
finanzieller Aspekt	8
durch ein Praktikum	6
durch die Berufsberatung	4

86 Prozent der jungen Beschäftigten (16- bis 30-Jährige) im öffentlichen Dienst haben ihre Berufswahl nicht bereut. Lediglich 14 Prozent geben an, „schon mal“ die Entscheidung, im öffentlichen Dienst zu arbeiten, bereut zu haben.

Fast zwei Drittel (64 Prozent) haben den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber schon einmal weiterempfohlen. Im Vergleich zu den Klassenkameraden bzw. Kommilitonen meinen 38 Prozent, die bessere Wahl getroffen zu haben. 60 Prozent geben an, dass man dies nicht so sagen könne.

➤ **Gewissheit, richtige Wahl getroffen zu haben**

(Basis: Im öffentlichen Dienst beschäftigte 16- bis 30-Jährige)

	ja %	nein *) %
Wurde Entscheidung im öffentlichen Dienst zu arbeiten schon mal bereut?	14	86
Wurde der öffentliche Dienst schon einmal als Arbeitgeber weiterempfohlen?	64	36
Wurde im Vergleich zu ehemaligen Klassenkameraden bzw. Kommilitonen die bessere Wahl getroffen?	38	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



A group of young professionals, including a man with a beard and a woman with a colorful striped scarf, are shown from a low angle, looking upwards against a bright blue sky. They are wearing white lab coats, suggesting a medical or scientific setting. The overall mood is positive and aspirational.

**Berufseinsteiger zur Attraktivität
des öffentlichen Dienstes**

5. Berufseinsteiger zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über Fachkräftemangel und Nachwuchsprobleme wurden mit der Bürgerbefragung 2011 erstmals 14- bis 18-jährige Jugendliche nach ihren Motiven für ihre anstehende Ausbildungs- und Berufswahl und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes befragt.

5.1. Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl

Den Jugendlichen wurden vierzehn mögliche Motive für die anstehende persönliche Ausbildungs- bzw. Berufswahl benannt. Die Befragten konnten mehrere mögliche Motive auswählen. Im Anschluss wurden die Befragten gebeten, Auskunft darüber zu geben, ob die genannten Motive auch dafür sprechen, eine Ausbildung bzw. einen Berufseinstieg im öffentlichen Dienst in Betracht zu ziehen.

74

Die zwei erstgenannten Motive bei beiden Fragen waren: „sicherer Arbeitsplatz“ (91 Prozent bei der allgemeinen Frage nach persönlichen Motiven und 84 Prozent bei der spezifischen Frage nach Motiven, den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber in Betracht zu ziehen) und „gute Weiterbildungsmöglichkeiten“ (91 Prozent bei der allgemeinen Frage bzw. 76 Prozent bei der spezifischen Frage).

Während bei der allgemeinen Frage als drittes Motiv mit 89 Prozent der Aspekt „hochwertige Arbeit leisten“ genannt wird, folgt die „Zusammenarbeit mit anderen Menschen“ bei der spezifischen Frage mit Blick auf den öffentlichen Dienst mit 73 Prozent als dritt-häufigstes Motiv.

Auffallend ist, dass ein Motiv wie „Nähe zur Familie“ (77 Prozent bei allgemeiner Frage bzw. 64 Prozent bei spezifischer Frage mit Blick auf den öffentlichen Dienst) eine höhere Bedeutung bei den jugendlichen Befragten erfährt als zum Beispiel das Motiv „viel Geld verdienen“ (67 Prozent bei allgemeiner Frage bzw. 55 Prozent bei spezifischer Frage mit Blick auf den öffentlichen Dienst).

> **Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl**

(Basis: 14- bis 18-Jährige)

	Generelle Gründe für Ausbildungs- und Berufswahl %	Gründe für Ausbildungs- und Berufswahl im öffentlichen Dienst %
sicherer Arbeitsplatz	91	84
gute Weiterbildungsmöglichkeiten	91	76
hochwertige Arbeit leisten	89	69
Interessen und Neigungen entfalten	81	57
Nähe zur Familie	77	64
Verantwortung übernehmen	75	61
Zusammenarbeit mit anderen Menschen	72	73
erfinderisch und kreativ arbeiten	69	47
aufsteigen und Karriere machen	68	59
viel Geld verdienen	67	55
Führungsverantwortung übernehmen	65	49
Anerkennung bei Freunden finden	57	41
mit modernster Technik arbeiten	48	45
irgendwann eigenes Unternehmen gründen	33	24

5.2 Öffentlicher Dienst als potenzieller Arbeitgeber

Für 61 Prozent der Jugendlichen kommt eine Ausbildung oder ein späterer Berufseinstieg im öffentlichen Dienst in Betracht. 36 Prozent schließen das aus.

Die 14- bis 18-Jährigen, die sich eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst vorstellen können, wurden weiter gefragt, ob sie bereits konkrete Vorstellungen darüber haben, welche Behörde oder öffentliche Einrichtung sie besonders interessiert. 63 Prozent sagen, dass sie bereits eine Vorstellung über eine konkrete Behörde oder öffentliche Einrichtung hätten. 37 Prozent haben keine konkrete Vorstellung.

59 Prozent der am öffentlichen Dienst Interessierten geben an, dass ihre Freunde „eher positiv“ darauf reagiert hätten. Nur 9 Prozent der Befragten sagen, dass ihre Freunde „eher negativ“ auf diese Überlegung reagiert hätten. 26 Prozent geben an, die Freunde hätten neutral („weder positiv noch negativ“) reagiert.

Diejenigen Befragten, für die der öffentliche Dienst als Arbeitgeber nicht in Betracht kommt, geben überwiegend (56 Prozent) an, dass sie sich bereits für eine andere Berufswahl entschieden hätten. Knapp jede/r Fünfte (19 Prozent) aus dieser Gruppe sagt, dass sie/ihn der öffentliche Dienst nicht interessiere bzw. für sie/ihn zu langweilig sei.

> Öffentlicher Dienst als potenzieller Arbeitgeber

(Basis: 14- bis 18-Jährige)

	ja %	nein *) %
Öffentlicher Dienst kommt als Arbeitgeber in Betracht	61	36
Gibt es eine Vorstellung über spezielle Behörde oder öffentliche Einrichtung **)	63	37
Die Reaktion von Freunden auf diese Überlegung war: **)		
– eher positiv	59	
– eher negativ	9	
– weder noch	26	

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**): Basis: Befragte, für die der öffentliche Dienst als Arbeitgeber in Betracht kommt

Zusammenfassung

Das Bild des öffentlichen Dienstes bei den Bürgern fällt 2011 alles in allem noch etwas positiver aus als im Jahr 2010. So wird das Ansehen der Beamten in der Bevölkerung weiterhin mehrheitlich als eher niedrig eingeschätzt, dem Beamten jedoch in großem Maße positive Tugenden, wie Pflichtbewusstsein, Verantwortungsbewusstsein, Rechtschaffenheit und Zuverlässigkeit zugeschrieben. Auch die Behördenerfahrungen unterscheiden sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig und fallen mehrheitlich positiv aus: So werden die Behördenmitarbeiter u. a. von deutlich über 80 Prozent der Befragten als qualifiziert und freundlich wahrgenommen.

Zwar gibt es bei den Bürgern immer noch Zweifel an der Effizienz des öffentlichen Dienstes, doch wird die Notwendigkeit eines starken Staates nach wie vor gesehen. Dies liegt sicherlich auch daran, dass der Anteil derer, die meinen, die Wirtschaft mache was sie wolle, auch 2011 nochmals leicht zugenommen hat. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Skepsis gegenüber weiteren Privatisierungen von bisher staatlich geführten Unternehmen hoch.

Die ländliche Bevölkerung stellt sehr realitätsnahe Forderungen an die Politik. Es wird nicht das gleiche öffentliche Angebot erwartet wie in der Stadt, es wird aber auch klar formuliert, welche Einrichtungen und Angebote vor Ort bleiben sollten.

Positive Veränderungen zeigen sich in den Einschätzungen der eigenen Lage durch die öffentlich Bediensteten. So ist auch 2011 ein wachsender Teil der öffentlich Bediensteten zufrieden mit ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen.

Die Aussagen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind eine positive Bestätigung für den Dienstherrn und Auftrag zugleich, die vorhandenen Erwartungen zukünftig nicht zu enttäuschen.

Recht groß ist das Interesse am öffentlichen Dienst als potenzieller Arbeitgeber der Jugendlichen: Über 60 Prozent der 14- bis 18-Jährigen können sich den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber vorstellen.